



### Kolportiert: Faktenfrei und fortgesetzt

*Zur anhaltenden Debatte um die angebliche Anweisung des Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMK), über Straftaten von Migrantinnen und Migranten nicht oder nur eingeschränkt zu berichten, äußerte MdL Steffen Dittes sein Unverständnis: „Auch nach in Varianten wiederholter Behauptungen sind mir keine belastbaren Fakten bekannt, die ernsthafte Zweifel an der Aussage des Ministeriums, keine Weisung zum Verschweigen von Straftaten nicht-deutscher Täter erteilt zu haben, wecken könnten.“ Auch die jetzt thematisierte E-Mail einer Polizeibehörde sei inhaltlich nicht zu beanstanden, zumal niemand ernsthaft behaupten könne, eine Mail aus dem vergangenen Winter habe der Berichterstattung angesichts der sich im Sommer verschärfenden Flüchtlingssituation gelten können. Die Polizei sei gehalten, über Kriminalität unbeschadet der Herkunft oder Religion der mutmaßlichen Täter angemessen zu informieren. Diesem Anspruch sei sie auch gerecht geworden, was durch Presseinformationen – etwa zu Suhl oder Arnstadt – verdeutlicht werde.*

*Steffen Dittes zu Presseverlautbarungen der CDU-Fraktion und des Chefs der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Wer jetzt faktenfrei und fortgesetzt kolportiert, es gebe ein vorsätzliches Verschweigen von Straftaten in und um Flüchtlingsunterkünften, der trägt absolut nichts zur Versachlichung der Debatte bei, sondern heizt die Legendenbildung vom angeblich kriminellen Ausländer nur weiter an.“ ■*

## Ohne Gregor Gysi gäbe es keine gesamtdeutsche LINKE

**Anlässlich des Abschieds des Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi vom Amt als Vorsitzender der Linksfraktion würdigte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesvorsitzende der Thüringer LINKEN, den Politiker als „großen Linken“.**

Es sei sein nicht genug anzuerkennender Verdienst, dass er über zweieinhalb Jahrzehnte „nicht nur PDS und DIE LINKE geprägt hat, sondern in der Öffentlichkeit das Gesicht beider Parteien gewesen ist. Ohne sein Engagement würde es heute keine gesamtdeutsche Linkspartei geben“, betonte sie. Es falle deshalb schwer, den Abschied Gregor Gysis vom Fraktionsvorsitz zu akzeptieren. Er sei nicht nur ein strategischer Kopf der Partei DIE LINKE, sondern finde wegen seines Charismas und seines Humors schnell den Zugang zu den Menschen. „Ich bin sehr froh, dass sich Gregor Gysi jetzt nicht in die Politikerrente verabschiedet, sondern als Abgeordneter weiter linke Politik mitgestaltet.“

Gysi habe früh, auch gegen Widerstände in der PDS und später in der Partei DIE LINKE, auf Regierungsfähigkeit gesetzt. Er habe der LINKEN in Thüringen dabei als Ratgeber zur Verfügung gestanden. „Dass wir 2014 nicht nur zu einer linken Regierungspartei geworden sind, sondern in Thüringen den Ministerpräsidenten stellen, ist auch ein großer Erfolg für Gregor Gysi.“ Mit Thüringen sei Gysi schon früh verbunden gewesen.

Beim Hungerstreik der Kalikumpel von Bischofferode habe er mit hohem persönlichem Einsatz Solidarität bekundet. Sie selbst habe seinerzeit auch wegen Gregor Gysi begonnen, sich in der PDS politisch zu engagieren, sagte Susanne Hennig-Wellsow. Auf die Biographie, an der Gysi jetzt arbeiten wolle, sei sie sehr gespannt. Seinen Nachfolgern an der Spitze der Bundestagsfraktion, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, gratulierte sie zur Wahl und wünschte ihnen viel Erfolg.



*Mehr als 400 Gäste waren am 14. Oktober zur Verabschiedung für Gregor Gysi als Fraktionsvorsitzender gekommen – im Foto Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau –, unter ihnen zahlreiche Thüringer.*

[www.flickr.com/photos/linksfraktion](http://www.flickr.com/photos/linksfraktion)

Im „Interview der Woche“ auf der Internetseite der Bundestagsfraktion sagte Gregor Gysi auf die Frage „Was betrachten Sie als ihre größte Niederlage als Politiker?“, „Dass wir es nicht schafften, wirklich gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West herzustellen, obwohl es möglich ist. Nach wie vor gibt es beträchtliche Unterschiede bei den Löhnen, den Renten, den wirtschaftlichen Strukturen. Ostdeutsche Biografien werden häufig

Jahren nach der Vereinigung mit der Wahlalternative für Soziale Gerechtigkeit zur heutigen Partei DIE LINKE auch zunehmende Akzeptanz bei den westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern erreichte. Wenn ich jemandem vor 25 Jahren prophezeit hätte, dass DIE LINKE in Thüringen den Ministerpräsidenten eines Bundeslandes stellte, hätte er mich in die Psychiatrie geschickt.“ ■

### „Für eine solidarische Flüchtlingspolitik, die Perspektiven schafft“

DIE LINKE Thüringen begrüßt die Erklärung des DGB Hessen/Thüringen „Für eine solidarische Flüchtlingspolitik, die Perspektiven schafft“. Dazu die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesvorsitzende der Partei, Susanne Hennig-Wellsow:

„Der DGB setzt mit seiner Erklärung ein klares Zeichen für Solidarität und für Menschlichkeit. Menschen, die vor Krieg, Hunger, Katastrophen und Armut flüchten, brauchen Hilfe und keine Anfeindungen. Um auf die aktuellen Anforderungen angemessen reagieren zu können, ist ein handlungsfähiger Staat nötig – darauf weisen die Gewerkschaften in ihrem Papier völlig zu Recht hin. Wir brauchen für alle Menschen, die in



Deutschland leben, gute Arbeit, gute Bildung, soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung und ordentliche Wohnungen. Flüchtlinge dürfen nicht dazu benutzt werden, erreichte soziale Standards, Mindestlohn oder Tarifverträge zu unterwandern. Deutschland ist ein reiches Land, aber der Reichtum ist ungerecht verteilt. Um alle Aufgaben für die Menschen in un-

serem Land – Deutsche wie Geflüchtete – ordentlich zu erfüllen und um die Zuwanderung auch als Chance für die Entwicklung unseres Landes nutzen zu können, braucht es ordentlich ausfinanzierte Haushalte von Kommunen, Ländern und Bund. Große Vermögen, Unternehmensgewinne und Millionäre müssen endlich wieder ihren Anteil an der Finanzierung der Gesellschaft beitragen.“

Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion: „Der DGB Hessen-Thüringen beschämt mit seiner Erklärung all jene, die in der Asylpolitik mit bislang unvorstellbaren (Rück-)Schritten staatliche Restriktionen und Diskriminierung verschärfen und rassistische Ressentiments schüren. Das Han-

deln der Bundesregierung und der Mehrheit der Länder sowie die Pläne für weitere Grundrechtseinschränkungen haben nichts mit der Bewältigung der Herausforderungen zu tun. Es scheint, als sehen angesichts von Pegida, AfD und Co die Verfechter von Ausgrenzung und Restriktionen ihr populistisches Stündlein gekommen. Abschreckung, Aushungern und die Einteilung in gute und schlechte Flüchtlinge sind keine Lösungen. Sie sind ein Einknicken vor dem rassistischen Mob. Der DGB setzt dem ein deutliches Zeichen entgegen – für Menschlichkeit, Solidarität und gute Lösungen.“

*DGB-Erklärung:*  
<http://hessen-thueringen.dgb.de>